Spendenpreis: 50 ct

"Um uns selber müssen wir uns selber kümmern!" 30 Jahre mutiger Kampf der Kali-Kumpel von Bischofferode

Vor 30 Jahren – am 1. Juli 1993 – begann der Hungerstreik der Kali-Kumpel von Bischofferode. Deutschland war da voll von der Weltwirtschafts- und Finanzkrise erfasst. Die Industrieproduktion fiel auf das Niveau von 1989 zurück. Die Krisenlasten wurden voll auf die Werktätigen abgewälzt. Die allerdings leisteten Widerstand. Über zwei Millionen beteiligten sich an gewerkschaftlichen und 422.000 an selbständigen Streiks!

Die BASF-Tochter Kali+Salz kaufte die ostdeutsche Kali-Industrie für eine D-Mark und befahl, dass 9 von 10 Zechen schließen sollten. Das war symbolisch für die verbrecherische Politik der Monopole, sich die Filetstückchen der DDR-Wirtschaft herauszupicken und gleichzeitig die Konkurrenz zu vernichten. Etwa 3700 Betriebe wurden direkt geschlossen, 7800 Betriebe oft für eine D-Mark verkauft und ausgeschlachtet und 2,5 Millionen Arbeitsplätze vernichtet. Laut AfD hat die Treuhand die "Deindustrialisierung" der DDR verursacht. Tatsächlich war die Treuhand aber nur ein Instrument der westdeutschen Monopole. Davon will die AfD ablenken, da sie in ihrem Interesse handelt.

Die Kumpel des Kali-Bergwerk "Thomas Müntzer" nahmen das Heft selbst in die Hand. Ihr Kampf wurde zu einem Kristalli-



sationspunkt für die deutsche Arbeiterbewegung. Der Kampf um jeden Arbeitsplatz wurde in ausdrücklicher Verantwortung für die ganze Arbeiterklasse und die Jugend geführt. Ersatzarbeitsplätze und Abfindungen wurden abgelehnt und stattdessen mit Entschlossenheit und Kompromisslosigkeit gekämpft und dabei auch die Politik der Bundesregierung ins Visier genommen. Das mobilisierte andere Belegschaften wie die Arbeiter der Kugellagerfabrik Zella-Mehlis, im Faserwerk Schwarza, Kahla-Porzellan,

Waffenfabrik Suhl, RAW Meiningen und Betrieben weit über Thüringen hinaus. Der Kampf wurde selbständig geführt, ohne und leider teils gegen die Führung der IGB-CE, die mit BASF mauschelte. Gegen alle Hetze ließen sich die Kollegen nicht einschüchtern, weiteten den Kampf aus und erhielten 20.000 Solidaritätserklärungen aus der ganzen Welt. Die MLPD unterstützte den Kampf und brachte das Know-How anderer Arbeiterkämpfe ein. Sie machte Vorschläge zur Höherentwicklung des Kampfs von einer Besetzung des laufenden Betriebs mit Hungerstreik eines Teils der Kumpel hin zu einem Voll-Streik. Im Kampf wurde der Gedanke an eine echte sozialistische Gesellschaft lebendig. Wenn wir heute an diesen Kampf erinnern, dann sollte das Anlass sein, diesen Gedanken zu Ende zu denken: für eine Gesellschaft, in der die Einheit von Mensch und Natur an höchster Stelle steht und die gnadenlose Diktatur internationaler Konzerne wie BASF und K+S beendet wird. (Redaktion)

"Wer nicht Amboss sein will, muss Hammer sein"

Die Thüringer Arbeiterstimme ist ein Sprachrohr der Arbeiter und einfachen Leute in Thüringen. Sie ist ein Instrument ihrer Anliegen, Probleme und Kämpfe. Welcher Anlass könnte besser für die erste Ausgabe dieser Zeitung geeignet sein, als der Beginn des Hungerstreiks der Kali-Kumpel des "Thomas Müntzer"-Schachts in Bischofferode. Genau 30 Jahre später wird der Gedanke ihres Kampfes erneut lebendig: stehen wir nicht heute vor noch viel größeren Herausforderungen? Eine globale Umweltkrise bedroht die Existenz der Menschheit und in der Ukraine droht ein dritter (atomarer) Weltkrieg zu entflammen. Die Diskussion für den echten Sozialismus als Vorstufe des Kommunismus steht deshalb auf der Tagesordnung! Wir unterstützen es deshalb sehr, dass genau in diesem Jahr die dritte internationale Bergarbeiterkonferenz in Thüringen stattfindet, die ein Signal des internationalen Zusammenschlusses der Arbeiterklasse im Kampf für eine lebenswerte Zukunft ist. Mehr dazu auf Seite 8 (Tassilo Timm, Landesvorsitzender MLPD Thüringen)

"Blauer Mut" – AfD im Interesse der Öl- und Gasindustrie!

Die AfD klagt in der Juni-Ausgabe ihres "Blauen Muts"¹ über eine "Politik gegen die eigenen Bürger". Doch sie vertritt die Interessen der Bürger genauso wenig, wie dies die Ampelkoalition tut. Derzeit schießt sich die AfD vor allem auf das Heizungsgesetz ein. Sie klagt über "Enteignung" und sagt "Heizung ist nicht mehr Privatsache". Stattdessen fordert sie, das Gesetz vom Tisch zu nehmen. Doch womit und zu welchem Preis in der Vergangenheit geheizt wurde, war noch nie eine "Privatsache", sondern im Wesentlichen diktiert durch die Raubpreise der Konzerne, die auf fossile Brennstoffe setzen. Heizen ist keine "Privatsasondern ein gesellschaftliches Grundbedürfnis. Private Haushalte verursachen ein Drittel des gesamten Gas-Verbrauchs und somit ist der Anteil an den CO2-Emissionen beträchtlich, aber eben nicht so hoch wie die zwei Drittel der Indus-

Die MLPD vertritt die richtige Forderung, konsequent von der Verbrennung fossiler Energieträger wegzugehen. Gerade im Raum Sonneberg haben sehr viele ein eigenes Haus. Der Unmut der Menschen gegen das Gesetz ist keine generelle Ablehnung ökologischer sinnvoller Hausheizungen, sondern dass die Kosten für die Umrüstung uns kleinen Leute aufgedrückt werden sollen. Die Konzerne als Verursacher der globalen Umweltkatastrophe sind wie immer fein raus.

Wenn die AFD die "Lobbyarbeit für die "Öko'-Industrie" beklagt, so hat das nichts mit antikapitalistischer Aufklärung zu tun. Das wäre tatsächlich im Sinne der Bürger! Von der AfD hört man das Wort "Kapitalismus" aber gar nicht, denn tatsächlich bedient sie selbst die Interessen der Öl- und Gasmonopole! Es sind vor allem Letztere, denen das "Heizungsgesetz" gegen den Strich geht. Für die AfD steckt "der allgegenwärtige Klimawahn" hinter dem Gesetz! Ihre Leugnung der begonnenen Klima- und Umweltkatastrophe ist selbst ein Produkt der Propaganda dieser Monopole! Die AfD



"Die AfD ist umweltpolitisch zu jeder Schandtat bereit."

ist umweltpolitisch zu jeder Schandtat bereit: Festhalten am Verbrennermotor, Gas, Öl und Kohle weiter verbrennen, die Nutzung von Atomenergie und deren Gefahren verharmlosen. Und das soll eine Politik für die Bürger sein?

(MLPD Ortsgruppe Gera)

¹Unregelmäßig erscheinende Zeitung der Fraktion der AfD im Thüringer Landtag

Landratswahl Sonneberg – Viele verstanden ihre Stimme für AfD und CDU als Protest gegen die Bundesregierung

Das Ergebnis der Landratswahl in Sonneberg am 11. Juni 23 sorgte für bundesweites Aufsehen. Überraschend kam es allerdings nicht.

Die Liste der offenen Rechnungen mit der Bundesregierung wurde bei vielen immer länger. Das Fass zum Überlaufen brachte die Diskussion um das Heizungsgesetz. Auch wenn die Wahl der AfD kein Protest ist, haben viele das so verstanden. Aber: Die AfD sind die größten Arbeiterfeinde Deutschlands! Das wird zum Beispiel daran deutlich, dass sie gegen einen Mindestlohn und dessen Erhöhung waren. Die AfD steht fest auf der Seite der Kapitalisten. Auf die drängenden Probleme der Zeit, wie niedrige

Renten, Sterben des Thüringer Waldes, hat sie keine Antwort und erst recht keine Alternative zu bieten.

Die aktuelle verschärfte Rechtsentwicklung der Bundesregierung und der CDU war aber auch der Motor für dieses Wahlergebnis: Wie selbstverständlich werden Forderungen und Narrative der AfD systematisch übernommen und damit hoffähig gemacht.

Die Stichwahl am 25.6. zwischen AfD und CDU war eine Wahl zwischen Pest und Cholera. Wir haben empfohlen, ungültig zu stimmen¹. Die AfD ist für Arbeiter unwählbar, da sie die Wegbereiterin des Faschismus ist! Ebenso we-

nig kann man die CDU mit ihren aktuell faschistoiden Positionen wählen.

Die Überzeugungsarbeit unter den Massen gegen die AfD muss gestärkt werden. Uns ist bewusst, dass nicht alle Mitläufer Nazis sind.

Eine engere Zusammenarbeit aller fortschrittlichen Kräfte im Landkreis Sonneberg ist dafür dringend geboten! Dafür reicht die MLPD jedem die Hand. Macht mit im internationalistischen Bündnis! (MLPD Landesleitung Thüringen)

²Die Erstellung dieser Zeitung wurde vor der Stichwahl abgeschlossen – ihr Ergebnis konnte hier also nicht einfließen

17. Juni 1953 – Berechtigte Arbeiterproteste oder "faschistischer Putsch"?

Die AfD wird nicht müde, diesen Tag als "Meilenstein bei der Überwindung des Sozialismus" zu feiern. Statt der berechtigten Interessen der Arbeiter feiert sie also die antikommunistische Unterwanderung der Proteste!

Millionen Menschen in der DDR haben begeistert angepackt am antifaschistisch-demokratischen Aufbau. Als 1952 der Aufbau des Sozialismus durch die SED beschlossen wurde. wurden jedoch auch Fehler gemacht. Man meinte, das sozialistische Bewusstsein würde sich von selbst durchsetzen. Die einseitige Förderung der Schwerindustrie verschlechterte die Lebenslage der Massen. Als dann die Erhöhung der Arbeitsnorm um 10 % bürokratisch von oben angeordnet wurde, gaben hunderttausende Arbeiter und Werktätige mit Streiks und Demonstrationen die Antwort darauf - unbeirrt auch von Panzern und Sanktionen! Sie kritisierten dabei völlig zu recht, dass sich in der Führung der DDR ein kleinbürgerliches Denken und Handeln und eine Ignoranz gegenüber den

Massen breit gemacht hatte - also ein dem Sozialismus konträres Verhalten.

Die Proteste wurden vom Westen bewusst antikommunistisch angeheizt, mit Agenten durchsetzt und alte Faschisten – teils als "politische Gefangene" aus dem Gefängnis befreit – zettelten Brandstiftung und Lynchmorde an.

Dass die SED aus der Situation keinerlei selbstkritische Schlussfolgerungen zog und die Proteste später einseitig als "faschistischen Putsch" bezeichnete, war ein schwerer Fehler und der Anfang des Verrats am Sozialismus 1956. Kritik und Selbstkritik sind nicht nur das Entwicklungsgesetz einer revolutionären Arbeiterpartei, sondern auch der sozialistischen Gesellschaft. Die Schlussfolgerung muss sein, dass Funktionäre von unten nach oben gewählt werden. Sie müssen rechenschaftspflichtig und wieder abwählbar sein. Es ist ein mühsamer aber notwendiger Lernprozess, dass die Massen die Denkweise der Funktionäre kontrollieren, dahingehend ob sie ihre Tätigkeit für die Arbei-



Bundesarchiv, B 285 Bild-14676 - CC-BY-SA 3.0

ter oder für die eigene Karriere machen.

Wir gedenken des 17. Juni 1953 vor allem, um daraus Schlussfolgerungen für einen neuen Anlauf für eine sozialistische Gesellschaft zu ziehen. (Redaktion)

Aus der Region

Eisenach: Anwohner schützen ihre Bäume gegen Immobilienprojekt

Das Eisenacher Thälmann-Viertel wurde in den 1960er Jahren gebaut. Elemente eines sozialistischen Wohnungsbaus wurden dabei umgesetzt: Schule, Kindergarten und Einkaufsmöglichkeiten direkt im Wohngebiet und viel Platz zwischen den Wohnblocks. Außerdem wurden auf der Grünfläche mitsamt eines großen Spielplatzes 18 Bäume neu gepflanzt, die von Spenden der Anwohner mitfinanziert wurden. Die Städtische Wohnungsbaugesellschaft versprach sich mit dem Bau eines Altenwohnheims auf diesem Gelände eine profitable Einnahmequelle. Die Bäume mussten dafür weg.

Als die Bebauungspläne publik wurden, entwickelte sich ein breiter Widerstand im Wohngebiet unterstützt vom Kommunalwahlbündnis "Eisenacher Aufbruch" und der MLPD. Mehrere Bürgerproteste mit bis zu 200 Teilnehmern und Demos durchs Wohngebiet folgten. Zunehmend rückte auch der Umweltaspekt ins Zentrum: "Der Thüringer Wald stirbt – und hier sollen 18 gesunde Bäume gefällt werden? Nicht mit uns!"

Als dann die Kettensägen anrückten, stellten sich die Anwohner und weitere Unterstützer um die Bäume, bis sie von der Polizei weggetragen wurden. Auch wenn die Baumfällungen nicht verhindert werden konnten – die Anwohner haben den geplanten Neubau bis heute nicht akzeptiert. "Aktiver Widerstand ist not-

wendig!" - das wurde vielen Anwohner zunehmend klar. Dass ausgerechnet eine Oberbürgermeisterin Katja Wolf als Mitglied der Linkspartei dieses Projekt vorantreibt, zeigt, dass die Linkspartei in solchen Positionen zum Dienstleister der Kapitalisten wird.

(MLPD Wartburgkreis)





Opel Eisenach: Ein wirkungsvolles Sicherheitssystem muss her!

"Der Blitz", eine Zeitung von Kollegen für Kollegen bei Opel berichtete über einen Streik der Kollegen in Eisenach für mehr Arbeitssicherheit in der Logistik. Wir dokumentieren Auszüge daraus:

Mit der Gründung einer eigenständigen GmbH in Eisenach wurden die Bedingungen dafür geschaffen, die Gewinne mit den Verlusten anderer Gesellschaften im Konzern verrechnen zu können. Wie schon die letzten 30 Jahre, werden mit diesem Trick auch garantiert die nächsten drei Jahre keine Gewerbesteuern von Opel an die Stadt Eisenach bezahlt.

Beim Besuch des Topmanagers A. Debeuf

wurde deutlich, wo die Reise hingehen soll. Nach seiner Aussage liegen die Produktionskosten pro Fahrzeug bei 2600 Euro. Ziel ist es, diese Kosten auf 1000 Euro zu drücken.

Nicht zuletzt wird auch bei der Arbeitssicherheit gespart. Es ist kein Zufall, dass in den letzten zwei Jahren in der Logistik eine ganze Serie an sehr schweren Arbeitsunfällen passierte. Nur durch großes Glück ist bisher niemand dabei zu Tode gekommen. Anfang Dezember stürzte eine Kollegin mit dem Stapler von der Entladerampe, weil der LKW in dem Moment, als sie auf den RKW fahren wollte, nach vorne fuhr. Hier hatte man schon beim Errichten des

Gebäudes E100 aus Kostengründen auf ein Sicherheitssystem, das so etwas ausschließt, verzichtet.

Der letzte Unfall brachte dann das Fass zum Überlaufen. Auf einer Bereichsversammlung während der Arbeitszeit forderten die Kollegen:

- Dass die Werksleitung in den Bereich
 kommt!
- 2. Ein wirkungsvolles Sicherheitssystem, das solche Unfälle ausschließt!
- 3. Personelle Konsequenzen!

Solidarität mit der Belegschaft von Marelli in Brotterode!

Das Selbstbewusstsein der Arbeiter in Thüringen ist gewachsen. Letztes Jahr gab es große Streiks in der Metall- und Elektroindustrie. Anfang des Jahres im öffentlichen Dienst, bei der Post und den Eisenbahnen. Hinzu kamen Streiks von Belegschaften, die 30 Jahre nicht streikten, wie die Südthüringer Busfahrer, die Erfurter Helios-Klinik-Beschäftigten oder die Schmalkaldener Waldquell-Kollegen. In Brotterode-Trusetal steht die Marelli-Belegschaft nach einem 24-stündigem Warnstreik gerade vor der Entscheidung, den Kampf um jeden Arbeitsplatz aufzunehmen oder mit einem "Sozialtarifvertrag" die Werksschließung zu akzeptieren. Am 12. Juni verteilte die MLPD eine Solidaritätserklärung an

die Belegschaft, aus der wir auszugsweise zitieren:

"Unverhohlen droht die Konzernspitze damit, das ganze Werk bis März 2024 dicht zu machen, womit 900 Arbeitsplätze vernichtet würden... Viele haben mit der Faust in der Tasche für Verhandlungen um einen Sozialtarifvertrag gestimmt, weil sie meinen "gegen die Entscheidungen aus der Konzernspitze kannst du nichts machen". Das wollen uns jedoch vor allem die erzählen, die in der Konzernspitze sitzen! Kapitulation kann aber keine Option sein. Nur wer kämpft, kann gewinnen! Die Kolleginnen und Kollegen von Opel Bochum haben mit ihrem 7-tägigen selbstständigen Streik 2004 die Ent-

scheidung für eine Werkschließung zunächst abgewendet. Sie erhielten während ihres Streiks massenhaft Solidarität aus der Bevölkerung und anderen Betrieben... Euer Fall zeigt einmal mehr, dass wir in Deutschland ein allseitiges und vollständiges gesetzliches Streikrecht brauchen... Wir Arbeiter müssen zusammen mit unseren Familien unsere eigene Rechnung aufmachen und letztlich über ein System, das auf der Ausbeutung von Mensch und Natur aufgebaut ist, hinausdenken. Lasst uns wieder breiter diskutieren über die Losung von Karl Marx: 'Proletarier aller Länder vereinigt euch' - für eine sozialistische Gesellschaft!"

. in den Thüringer Kitas und Schulen?

Kurze Beine – kurze Wege!

In Thüringen gehen die Geburtenzahlen zurück. Für Jena bedeutet das, das laut dem Jugendhilfeausschuss der Stadt 600 Kitaplätze frei sind. Natürlich ist es keine gute Entwicklung, dass weniger Kinder geboren werden und man sollte darüber nachdenken, warum das so ist. Diese Entwicklung birgt aber auch endlich die Chance, den eh schon miserablen Personalschlüssel in den Thüringer - Kitas (Thüringen liegt auf dem drittletzten Platz!) massiv zu verbessern. In Jena wird dagegen im Jugendhilfeausschuss darüber gesprochen, 5-10 Kitas schließen zu wollen. Was aus den Kolleginnen und Kollegen der Kitas werden

soll, darüber wird kein Wort verloren. Es ist sehr zu begrüßen, das auf Initiative von ver.di-Jena und Kolleginnen und Kollegen aus städtischen Kitas und von freien Trägern ein Forderungskatalog erstellt wurde.

Darin heißt es u.a. "Während die Kindergärten der Stadt Jena sich in einem Teufelskreis aus unzureichendem Personalschlüssel - Überlastung - Krankheit - Qualitätsminderung befinden, denkt die Stadt über Abbau und sogar Schließungen von Einrichtungen nach. Dabei ist eine personelle Notsituation in den Einrichtungen bereits zum Dauerzustand geworden, die nicht nur das Personal, die Leitungen, son-

dern auch die Kinder belastet und frühkindliche Bildung unmöglich macht!"

Gefordert wird u.a. eine Erhöhung der Fläche - mehr Quadratmeter pro Kind, Verbesserung Fachkraft-Kind-Schlüssel über dem gesetzlichen Mindestschlüssel, stärkere Berücksichtigung von Migration und Inklusionsbedarfen, sichere und planbare Arbeitsbedingungen ohne Schwankungen in der Arbeitszeit und Lohn, keine sachgrundlosen Befristungen, Ende der Sockelarbeitsverträge, keine betriebsbedingten Kündigungen! (Eine Kita-Beschäftigte aus Jena)



Schulboykott an der IGS in Gera-Lusan

Hunderte von Schülerinnen und Schüler, Eltern, Mitglieder des Kollegiums und Unterstützer organisierten am diesjähringen Kindertag einen einstündigen Schulboykott.

Im Mittelpunkt stand die Forderung nach mehr Lehrkräften. An der IGS fehlen ein Drittel der notwendigen Lehrkräfte – das sind 15! Infolgedessen fallen wöchentlich 390 Unterrichtsstunden aus, verteilt auf fast alle Schulfächer. Schülerinnen und Schüler berichteten am offenen Mikrophon, dass sie manchmal nur wegen einer Stunde in die Schule kommen. Viele erzählten von ihren Berufswünschen, die jetzt gefährdet sind. Dabei ist die IGS eine Gesamtschule mit dem Anspruch, sich zu einer Ganztagsschule zu entwickeln.

Viele Redner beklagten, dass sie vom Thüringer Bildungsministerium und von der örtlichen Schulverwaltung keine Hilfe bekommen. Sie haben auch eine Petition gestartet für eine "Schulreform – für ein bundesweit einheitlich geregeltes gemeinsames Lernen von der 1. bis zur 10. Klasse" die unterstützenswert ist, weil sie das dreigliedrige Schulsystem in Deutschland infrage stellt. Der Lehrermangel hat bundesweit mit der von der GEW berechneten Zahl

von 80.000 Lehrern katastrophale Ausmaße erreicht. Am Beispiel der IGS sieht man, dass vorwiegend Arbeiterkinder, die hier die Mehrzahl bilden, betroffen sind.

Wir von der MLPD Gera ergriffen auch die Möglichkeit, am offenen Mikrophon zu sprechen, und erklärten unsere Solidarität. Wir klagten an, dass Milliarden für die Aufrüstung für den Krieg ausgegeben werden, und dass mit der Bildungskrise, der Gefahr eines Weltkrieges und der begonnenen Umweltkatastrophe die Zukunft der Jugend aufs Spiel gesetzt wird.

(MLPD Ortsgruppe Gera)

Wer trägt Schuld am leeren Geldbeutel?

In Thüringen gilt jeder fünfte Einwohner als arm; eine schockierende Zahl. In einem der reichsten Länder der Erde verdient die Hälfte der Bevölkerung weniger als 25.000 Euro im Jahr. Dagegen stieg von 2005 bis 2021 das Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner von 29.400 Euro auf 43.300 Euro, während im gleichen Zeitraum die Armutsquote bundesweit von 14,7 % auf 16,9 %1 stieg. Demnach leisten die Menschen in Deutschland immer mehr bei gleichzeitig sinkendem Einkommen. Wie passt das zusammen? Die Arbeiterklasse schafft die Werte, die sich die Kapitalisten aneignen. und schützen somit den Profit der Kapitalisten. Die Früchte unserer eigenen Hände Arbeit werden für uns immer unerreichbarer. Sparen ist kaum noch möglich. Wer heute in ländlichen Regionen Thüringens wohnt, ist in vielen Fällen vom Rest der Welt abgeschnitten. Was nützt den Leuten ein 49-Euro-Ticket, wenn man mit Bus und Bahn nirgendwo mehr hinkommt? Seit 1994 wurden im Freistaat hunderte Kilometer Eisenbahnnetz stillgelegt. Der Weg zur Schule wird immer länger, der Weg ins nächste Krankenhaus ebenso. Für viele ist am Ende des Monats bei plus minus Null raus zukommen ein Drahtseilakt geworden. Ein Wochenendausflug wird zum Luxus, eine kaputte Waschmaschine oder ein Loch im Dach stellen ernsthafte existenzielle Herausforderungen dar. Wer behauptet an dieser Entwicklung wären die Flüchtlinge



schuld, der macht gezielt Stimmung gegen Leute, die vom Kapitalismus genauso ausgebeutet werden wie wir! Dafür nimmt er die Monopole aus der Verantwortung, die sich tatsächlich an der Arbeit anderer Menschen bereichern.

Wir fordern: Lohnnachschlag von mindestens 500 Euro monatlich! Erhöhung aller Sozialleistungen um mindestens 10%! Runter mit den Mieten und Nebenkosten!

(MLPD Ortsgruppe Erfurt)

Jugend

"Einige bezeichnen sich als Marxisten"

Ein Mitglied des Jugendverband REBELL berichtet über die Erfahrungen an seinem Gymnasium

Im Unterricht "lernen" wir viele antikommunistische Inhalte. Trotzdem ist die Offenheit unter einigen meiner Mitschüler für den Sozialismus/ Kommunismus groß. Einige bezeichnen sich sogar selbst als Marxisten, obwohl sie wenig Schriften von Marx kennen. Die antikommunistische Hetze zeigt ihre Wirkung vor allem in Bezug auf Stalin, der sehr negativ gesehen wird. Bei Lenin ist das weniger der Fall, von Mao wissen die meisten wenig. Die meisten wissen,

dass ich Kommunist und im REBELL bin. Ein Mitschüler hat mich jetzt gefragt, ob ich ihm mal ein Kommunistisches Manifest mitbringen kann. Gerne!

Meiner Meinung nach wächst diese Offenheit, da viele Jugendliche jetzt schon die Folgen der begonnenen globalen Umweltkatastrophe für ihre Zukunft sehen. Sie merken, dass das eine Systemfrage ist. Der Ukrainekrieg spielt dabei aber weniger eine Rolle, was eine Unter-

schätzung der darin liegenden akuten Gefahr eines Dritten Weltkriegs zum Ausdruck bringt.

Ich habe gemerkt, dass man auf sich allein gestellt, nicht automatisch eine tiefere Überzeugung und Verständnis vom Kommunismus bekommt, das war bei mir auch so. Es ist besser, wenn man darüber mit anderen Leuten spricht. Also: Macht mit im REBELL!

(Jugendverband REBELL Erfurt)

Bitte einer Mutter an den Rekruten-Sohn

"Freiheit"
Nannten die Bosse
Und Generäle es
Nicht immer schon so –
Und jagten die Heere
Zu Kornkammern,
Goldgruben,
Pipelines –
Und immer strahlten uns
Anfangs die Helden von
Den Bildern so
Glorreich an?

Aber von Fünfen
Unser Großvater, Vater
Und Brüder kehrte einer
Nur heim – und unter'm
Baltischen Gras modern
die
Knochen der Schwächsten
Vergessener Trecks!

Wie cool
Doch Ihr Jungs
Ausseht auf all
Den glanzenden Bildern!
Noch sterben ja nur
Die Anderen! Und doch
Ich bitt dich! Bleibt
Zu Haus! Dann was –
Wenn der Krieg Eurer
Führer – wie oft schon –
Sich hinzieht?

Und der Vorrat
An Plastsäcken und
Särgen aus Alu
Nicht reicht?
Wie – frag ich –
Find ich im
Wüstensand oder
Unter der Steppe
Euern
Zerfetzten Rest?

Barbara Gruß



Stärkt die Neue Friedensbewegung

Die "alte" Friedensbewegung in den 80er Jahren sah seinen Hauptgegner im US-Imperialismus, der bis heute im Militärbündnis NATO, der Hauptkriegstreiber weltweit ist. Jedoch bereiten sich heute nahezu alle Imperialisten auf Krieg vor und erhöhen massiv ihre Rüstungsausgaben. Wer zuerst schießt, spielt dann keine wesentliche Rolle, das ist wie beim Russisch Roulette, wann und welcher Anlass zum Krieg führt, ist dabei unerheblich, irgendwann löst sich der Schuss. Diesen geänderten Bedingungen trägt die alte Friedensbewegung kaum Rechnung. Sie hält an den alten Mustern fest und verleugnet sogar zum Teil die aggressive Rolle Russlands oder schreibt dem neuimperialistischen China "Friedensabsichten" zu, obwohl es heute eine aggressive Außenpolitik betreibt und einen Krieg gegen Taiwan vorbereitet. Es braucht daher eine "neue Friedensbewegung" die sich ausnahmslos gegen alle Imperialisten stellt. Sie bezieht klar Stellung zu sozialchauvinistischen Parolen, wie "unser Land zuerst", der AfD oder mehr "Patriotismus,

mehr Nationalhymnen und Deutschlandfahnen" von der CDU. Diesen Kriegstreibern muss die neue Friedensbewegung den Kampf ansagen, sie führt den aktiven Widerstand gegen die Weltkriegsvorbereitung aller Imperialisten. Denn wer trägt die Kosten und Lasten des Krieges? Es sind die Arbeiter. Und darum muss es heißen: Arbeiter schießen nicht auf Arbeiter! Finger weg von unserer Jugend! Nieder mit Faschismus, Imperialismus und Reaktion! Organisiert Euch! Der Kampf für den Frieden ist untrennbar mit der Umweltfrage und der Systemfrage verbunden. Die Menschheit steht am Scheidepunkt: Sozialismus oder Barbarei!

(MLPD Ortsgruppe Nordhausen)

Bleiben wir bitte "neutral"

"Light", "Life", "Liberty" prangen vor dem Eingang der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Nun, der Ausdruck Licht verweist auf die Lichtstadt Jena. Schleierhaft bleibt aber die Erklärung für die anderen beiden Worte. Denn während der Coronapandemie wurden die Studierenden vollkommen unzureichend von der Universität unterstützt. Psychische Belastungen und Angst das Studium nicht finanzieren zu können, nahmen deutlich zu. Das Studenten"Leben" leidet zunehmend unter den derzeitigen Krisen. Gleichzeitig verzeichnet die Jenaer Uni in den Hochschulrankings Spitzenwerte. Wie das? Jeglicher prinzipieller Kritik und fort-

schrittlichen Initiativen wird ein Riegel vorgeschoben! Dem REBELL Jena wurde die Durchführung einer Lesegruppe zum Buch "Die Krise der bürgerlichen Naturwissenschaften" untersagt, mit der Begründung bei Naturwissenschaften "sehe man keinen konkreten Bezug zur Universität". Welch Absurdum! Die Universität fürchtet um eine weltanschauliche Debatte über ihre bürgerlichen Lehrinhalte in den naturwissenschaftlichen Fächern. Im Gegensatz dazu sieht sie kein Problem darin, einen Bundeswehrgeneral in ihren Räumen sprechen zu lassen. Damit zeigt sie doch, welche Weltanschauung in ihr ausschließlich vertreten wer-

den soll: die der herrschenden Kapitalisten. Mit Neutralität oder Freiheit hat das nichts zu tun! Unser Vorbild ist die Kulturrevolution im damals sozialistischen China, wo massenhaft politische Diskussionen an den Universitäten geführt, die Trennung von Kopf- und Handarbeit bekämpft und Dozenten, die die Kritik ihrer Studenten nicht beachteten, ihre Lehrstellen entzogen wurden. Mao Tse-tung, ein Vorbild für die Jugend damals und heute, prägte den Spruch: "Rebellion ist gerechtfertigt!"

(Jugendverband REBELL Jena)

Termine



Montagsdemonstrationen in Thüringen –

das Original – überparteilich, antifaschistisch und internationalistisch

Erfurt: 14-tägig, 17.30 Uhr, Anger (gerade Wochen)

Sonneberg: 10. Juli, 25. Juli, 14. August, jeweils 16.00 Uhr, Pikoplatz



Studiengruppen der MLPD:

Eisenach: jeden zweiten und vierten Montag im Monat, jeweils 17 Uhr, "Kulturwerkstatt EA", Katharinenstraße 42 in Eisenach

Erfurt, Sonneberg, Nordhausen, Sömmerda, Gera, Jena: Adresse und Termine bitte erfragen: thueringen@mlpd.de



Weitere Termine:

7. Juli und 11. August, Eisenach: Treffen der Vorbereitungsgruppe Kali-Werra-Revier für die 3. Internationale Bergarbeiterkonferenz in Thüringen jeweils 17 Uhr, "Kulturwerkstatt EA"

8. Juli, Eisenach: Ausflug nach Bischofferode, Treffpunkt 9 Uhr auf dem Parkplatz an der Assmann-Halle

14. Juli, Erfurt: Bingo-Abend, 17.30 Uhr Landesgeschäftsstelle

22. Juli. bis 6. August, Truckenthal: Jugend- und Kindercamp des

Jugendverband REBELL

30. Juli, Truckenthal: Internationales

5. August, Truckenthal: Waldfest mit Jugendkonzert

- 18. August, KZ-Gedenkstätte Buchenwald: Gedenken an die Ermordung Ernst Thälmanns, 17 Uhr
- 1. September: Weltfriedenstag, Internationaler Kampftag gegen Faschismus und Krieg, Aktivitäten in verschiedenen Orten
- 31. August bis 3. September, Dorndorf/Truckenthal: 3. internationale Bergarbeiterkonferenz
- 5./6. September, Truckenthal: Weltkongress der Internationalen, antiimperialistischen und antifaschistischen Einheitsfront

Mach mit!

MLPD - Partei der Zukunft

Ich möchte:

- ein persönliches Gespräch
 - zu Veranstaltungen eingeladen werden
- Dauerspender/in werden
- 2 Ausgaben des 14-täglichen Magazins Rote Fahne lesen (kostenlos)
- Mitglied der MLPD / des Jugendverbands REBELL werden
- Mitmachen im Internationalistischen Bündnis



V.i.S.d.P: Tassilo Timm, MLPD Thüringen, Riethstr.1a, 99089 Erfur